

Wilhelmshavener Bürgerzeitung

unabhängig • sachbezogen • bürgernah

Monatlich erscheinende Zeitung der Partei **FREIE WÄHLER Wilhelmshaven**

Hrsg.: Partei FREIE WÄHLER Wilhelmshaven • Kolpingstraße 56 • 26384 Wilhelmshaven

Ausgabe 1 - Januar 2015



Partei FREIE WÄHLER Wilhelmshaven

Bürgernahe Politik mit gesundem Menschenverstand

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Damen und Herren,

Sie halten die erste Ausgabe der **Wilhelmshavener Bürgerzeitung** in Ihren Händen. Wir, die **FREIEN WÄHLER Wilhelmshaven**, wollen Sie ab heute monatlich über die Wilhelmshavener Kommunalpolitik informieren. Das wollen wir jedoch nicht tun, ohne uns Ihnen kurz vorzustellen:

Die überwiegende Zahl unserer Mitglieder blickt auf ein langjähriges Engagement in den kommunalen Parlamenten und Räten in ganz Niedersachsen zurück. Viele von uns kommen aus den parteilosen Wählergemeinschaften, Bündnissen und Initiativen, aber auch aus anderen Parteien, weil sie mit der aktuellen Politik unzufrieden sind. Wir sehen uns als bürgerliche Kraft der Mitte und stellen den Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik. Wir bekennen uns zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wir stehen für solide Staatsfinanzen, Verlässlichkeit und Transparenz in der Politik.

Wir FREIEN WÄHLER sind unabhängig und wertkonservativ. Wir setzen uns nachdrücklich für den Erhalt gewachsener lokaler, regionaler und überregionaler Traditionen ein.

Wir sind zugleich auch bürgerlich-liberal, denn wir treten für die Sicherung der Bürgerrechte und damit der Freiheit des Einzelnen ein.

Wir wollen Bewährtes erhalten und mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt in Einklang bringen. Durch unsere starke kommunale Verwurzelung können wir unsere über Jahre gesammelten Erfahrungen aus Rathäusern und Kommunalparlamenten in die Landtage und den Bundestag einbringen.



Die Kaiser Wilhelm Brücke - Wahrzeichen einer Stadt, die mehr kann. Foto privat

Sie finden uns auf facebook unter **FREIE WÄHLER Wilhelmshaven** und natürlich auch im Internet unter www.ni.freiewaehler.eu. In der nächsten Ausgabe erfahren Sie mehr über die Mitglieder des Vorstands und unsere Ideen für Wilhelmshaven.

Der Banter See und die Wahlversprechen der Parteien aus 2011

Wie war es im Wahlkampf 2011, als es um Stimmen und Mehrheiten ging? Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit warb die SPD, sowie später mit Weitblick – Herz – Verstand für die Region. So forderte sie eine sofortige Umsetzung des Gesamtkonzeptes für den Banter See, welches sowohl die vorrangige Verbesserung der Wasserqualität, die Erweiterung des Sandstrandes als auch die Interessen der Anrainer und Investoren gleichermaßen berücksichtigen sollte. Der Banter See sei neben dem Südstrand ein wichtiger Baustein für die Entwicklung unserer Südstadt in Richtung Freizeit und Tourismus, so die SPD. Auch soll er den Verlust des Naherholungsgebietes Geniusbank kompensieren.

Weiter sei der innenstadtnahe See bei den Freizeitgärtnern, Wassersportvereinen und als Badesees geliebt und geschätzt. Blaualgen, der ungepflegte Badestrand Klein Wangerooge und befristete Pachtverträge würden die Planungssicherheit für die zukünftige Nutzung des Banter Sees als Freizeiteinrichtung und Erholungsgebiet beeinträchtigen. Fein dachte sich der SPD Wähler, und schaute weiter.

Positiv denken, so das Motto der CDU Wilhelmshaven, diese sprach sich nämlich dafür aus, die Bevölkerung bei künftigen Großprojekten vor der Realisierung in die Planungen einzubinden. Der Rahmen der angestrebten Bürgerbeteiligung sollte projektbezogen, wie beispielsweise das „Folkehöring“, das Mediationsverfahren oder das Bürgerbegehren sein. Die Wiederherstellung des „Banter Sees“ als Freizeit- und Erholungseinrichtung auf der Basis eines wissenschaftlich fundierten Gesamtkonzeptes sollte kommen. So auch die Ziele von Herrn Wagner (CDU) für ein „Stadtentwicklungskonzept plus“ bei dessen Umsetzung die Einwohner Wilhelmshavens mit einbezogen werden sollten. Er selbst wollte dabei

federführend ein Marketing- und Entwicklungskonzept erarbeiten und gestalten. Ferner wollte er dieses dann als CDU Oberbürgermeister selbst verkörpern und aktiv vorleben. Das zukünftige Sanierungskonzept, so damals Wagner, müsse auch auf das künftige Nutzungskonzept rund um den See abgestimmt sein. Schon deshalb sollten die Bürger und Vereine des Banter See in die Entscheidung mit eingebunden werden, um sich gemeinsam für ein durchdachtes Sanierungskonzept zu bemühen.“. Die sich (nach der Wahl) bildende große Koalition aus CDU und SPD im Jahr 2011 vereinbarten dabei mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung.

Von den ursprünglichen SPD-Wahlversprechen, aber auch von den der CDU- Wahlversprechen mit mehr Bürgerbeteiligung in Wilhelmshaven ist seitdem nicht mehr viel zu hören.

Ebenso wenig von einer angekündigten offenen und ehrlichen Bürgerbeteiligung, dies hat das Jahr 2014 sowie das Vorgehen der SPD und CDU allen Bürgerinnen und Bürgern leider sehr deutlich gezeigt. Nachgeschaltete SPD-Veranstaltungen, um sich Präsenz bei den Bürgern für die Banter See Problematik präsent zu zeigen, waren zwar nett, konnten aber die unterschiedlichen Vorgehensweisen von SPD- Ratsmitgliedern und der SPD-Basis um den SPD-Kreisvorsitzenden überhaupt nicht erklären.

Die Step+ Veranstaltungen erstickten in vorgeschriebenen Schablonen und konterkarierten somit eine nur scheinbar stattfindende Bürgerbeteiligung. Der Versuch, die Protestbewegung um den Banter See durch eine Beschlussvorlage der Verwaltung zu unterlaufen, ging durch weitere Proteste vieler Anrainer des Sees, aber auch wegen vieler enttäuschter CDU/ SPD-Stammwähler nicht auf.

Nur vollmundige Worte, Wähler und Bürger fühlten sich somit zunehmend getäuscht.

Dabei wäre ein gegenseitiger Kompromiss, auch mit den Freizeitgärtnern, bei Willen und Wollen der Politik immer noch möglich. Eine Umwidmung des Geländes für ein Freizeit- (bzw. Wochenendgebiet) wäre denkbar und möglich. Dabei muss natürlich in einem neuen Bebauungsplan sowohl die Ver- und Entsorgung, als auch der Notfallverkehr/ Lärmschutz für die Flächen berücksichtigt werden.

Bei einem 200 m² Grundstück wäre mit einer Grundflächenzahl* von 0,3 ein 40 m² -Hauptbau zzgl. 20 m²-Nebenbau durchaus realisierbar und dann gestreut.

Der politische Wille dafür muss ebenso da sein, wie die Kompromissbereitschaft zu Zugeständnissen der dann neuen Freizeit – bzw. Wochenendhausbesitzer.

Die Niederlande machen uns das vor. Wir werden zum Thema „Banter See“ weiter berichten.

*(Die Grundflächenzahl (Baunutzungsverordnung, § 19) gibt den Flächenanteil eines Baugrundstückes an, der überbaut werden darf; sie wird mit ein oder zwei Dezimalstellen angegeben, beispielsweise: GRZ 0,3: 30 % der Grundstücksfläche dürfen überbaut werden. Beispielrechnung: Grundfläche des Hauses (40 m²): Fläche des Grundstückes (200m²) = 0,25 (somit GRZ von weit 0,3 unterschritten))

Das Interview zum Banter Seeprotest

Zum Jahreswechsel hatte ich Michael Krüger gebeten, mir einige Fragen zu beantworten. Dabei entstand ein sehr persönlicher politischer Rückblick auf das Jahr 2014, den ich keinem vorenthalten möchte und mit Michaels Erlaubnis veröffentliche

Michael, Du bist als Wilhelmshavener Bürger erst dieses Jahr politisch aktiv geworden, woran lag das?

Ich habe dieses Jahr als betroffener Freizeitgärtner mit Spannung die zweite Banter See-Konferenz im Pumpwerk aktiv mitverfolgt; das hat Auswirkungen bis heute.

Welchen Eindruck hattest Du von dieser Veranstaltung?

Bei mir entstand der Eindruck einer gut inszenierten Theaterveranstaltung mit einer scheinbar vorhandenen vorlaufenden Bürgerbeteiligung im letzten Akt. Viele Fragen blieben dabei aber unbeantwortet.

Auch meine dort geäußerten Fragen nach der Lärmbelästigung und Erhalt der Seeschwalbenkolonie für die geplanten Neubauten auf dem ehemaligen Kasernengelände konnten nicht beantwortet werden. Dort sollten die neuen Anwohner aufgrund des Vogellärms gemäß Aussage vom Stadtplaner Herrn Witt ihre Schlafräume in den vom See abgewandten Räumen gestalten.

Nach meiner Kenntnis hatte zu diesem Zeitpunkt weder ein Gespräch mit der Vogelwarte Helgoland stattgefunden, noch gab es diesbezüglich Lärmmessungen.

Im Nachgang zu dieser Veranstaltung gab es die Möglichkeit, sich per Meldekarte an dem Stadtentwicklungsplan Plus (Step Plus) in Arbeitskreisen zu beteiligen. Dieses habe ich dann ebenfalls wahrgenommen.

War das Deine erste Aktivität zu den Planungen der Stadt und möglichen Auswirkungen für die betroffenen Vereine?

Nein, durch den Beschluss in 2007 über das städtebauliche Entwicklungskonzept und Einbindung der Banter See Flächen in den Geltungsbereich des Stadtumbaus West sind viele kritische Bürger bereits geweckt worden. Auch die Gegenwind-Redaktion hatte die weitreichenden Folgen ebenfalls erkannt, und entsprechend kommentiert. Ich habe dazu in der darauffolgenden Jahreshauptversammlung des Freizeit –und Gartenvereins Anträge zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung gestellt.

Was genau ist denn da in Gang gesetzt worden?

Zu diesem Zeitpunkt war bereits gezielt von einer „Christlichen“ Partei eine Neiddebatte zu den privilegierten Pächtern vom Banter See in Gang gesetzt worden. Bei guter Google- Recherche sind diese immer noch im Internet zu finden.

Was ist weiter passiert?

Es gab viele Gespräche von mir im Vorfeld zur Jahreshauptversammlung mit dem langjährig gestandenen Vorstand, der damals noch ein immenses Vertrauen in die Stadtpolitik hatte.

Notwendig war aus meiner damaligen Sicht eine Homepage des Freizeit- und Gartenvereins als eingetragener Verein zur dringenden Verbesserung der Außenwirkung. All dieses als Maßnahme entgegen der in Gang gesetzten Neiddebatte einer „Christlichen Stadtpartei“ und Mittelstandsfraktion.

Ferner Präsentationen mit beispielhaften Bildern von Großeltern, Familien, Kindern im Sinne einer positiven und transparenten Öffentlichkeitsarbeit auf Werbetafeln an der Emsstraße und Groddamm mit Darstellungen von Wilhelmshavener Familien am Banter See.

All diese Punkte sind dort damals persönlich vorgestellt worden, ebenfalls die Szenarien der kommenden geplanten Entwicklungen und Planungen der Stadt für die Zeit nach 2017 am Banter See. Leider sind diese dann auch exakt genauso später eingetreten.

Was ist dann unternommen worden?

Aufgrund der Einschätzung einer möglichen Pachtverlängerung nach 2017 wurde eher Wert auf ein geräuschloses Dasein des Vereins in Wilhelmshaven gelegt. Ein folgenschwerer Entschluss, der sich später bitter rächen sollte.

Es gab ebenfalls keine politische Partei und Opposition, die sich des Themas und der Freizeitgärtner zu diesem Zeitpunkt angenommen hatte. Die Zeichen der Zeit sind leider von vielen zu diesem Zeitpunkt einfach nicht erkannt worden. Schade darum ...

Wie ging es dann weiter in den Arbeitskreisen bei Step+ nach der Banter See Konferenz?

Auch dort gab es im Gorch-Fock-Heim nur Antworten mit mehrfachen hartnäckigen Nachfragen und jeweiliger Umstellung der Fragetechnik sowie in einem Fall nur mit Unterstützung „eines“ anwesenden oppositionellen (grünen) Ratscherrn vom Stadtplaner Herrn Witt. Diese Frage bezog sich auf die Verwendung von EFRE Fördermitteln zum Stadtumbau am Banter See und deren Zweckgebundenheit bereits zu diesem Zeitpunkt. Weitere „oppositionelle Ratscherrn „anderer Parteien oder Bürgerportalvertretern waren in dem Step+ Arbeitskreis von überwiegend teilnehmenden Freizeitgärtnern nicht vertreten. Eine „Bürgerbeteiligung“ der dort anwesenden Bürger konnte ich an diesem Abend definitiv nicht erkennen.

Beobachtet wurde der Ablauf von einem schweigenden SPD Ratscherrn, der Monate später auch die der Bürgerbeteiligung vorlaufende Beschlussvorlage aufgrund von Fraktionszwängen mit in Gang setzte. Die durchscheinende Absicht der Veranstaltung mit durchwegs verneinendem Charakter für einen Verbleib der Freizeitgärten hat mich persönlich zu diesem Zeitpunkt nur betroffen und wütend gemacht.

Was war Deine Erkenntnis daraus?

Ich habe mich nach dem Ende der Veranstaltung noch länger mit dem einzig anwesenden oppositionellen (grünen) Ratscherrn unterhalten. Einen Tag später habe ich beim Ordnungsamt Wilhelmshaven eine Demonstration gegen den Planungswahnsinn am Banter See angemeldet.

Mit wem hattest Du diese Demonstration abgestimmt?

Mit keiner Partei und keinem Vereinsvorstand oder anderen Menschen. Die Anmeldung der ersten Demonstration erfolgte von mir rein als Privatperson. Die Ziele der Demonstrationen richteten sich vordringlich gegen eine elitäre Wohnbebauung am Banter See im Zuge des Stadtumbaus und weitere Verschandelung der Stadt. Also kurzerhand den Flyer entworfen und drucken lassen, die Presstexte geschrieben und alles im Internet und an die Presse versandt.

Mitstreiter und Helfer sind dann automatisch dazu gekommen. So auch zu diesem Zeitpunkt der ehemalige Mitstreiter von mir, Herr Peter Freudenberg .

Was haben die Demonstrationen bewirkt?

Ich glaube, die erste und zweite Demonstration gegen den Planungswahnsinn am Banter See haben eine hin und her schwappende Welle der Empörung und Entrüstung in Wilhelmshaven und Umland nach sich gezogen. Viele bis dahin unpolitische Bürger fühlten sich dadurch angesprochen und waren empört über das Vorgehen der Stadtpolitik aus SPD und CDU.

Keiner möchte einen geplanten Stadtumbau für bessergestellte mit einer scheinbaren Bürgerbeteiligung am Banter See plus Zentralisierung aller Wassersportvereine an einem Fleck. Das war für alle Aktivisten ein toller Erfolg gegen die Pläne der Stadt Wilhelmshaven, und kam für die Politiker aus Wilhelmshaven völlig überraschend, auch wenn die anschließenden Angriffe in sozialen Netzwerken ausschließlich von Parteimitgliedern geprägt wurden, die in ihrem Parteikürzel das Wort „Christlich“ trugen.

Was hat sich dann weiter zugetragen?

Der Widerstand und die öffentliche Meinungsbildung entwickelten sich gut, und viele politische Trittbrettfahrer sprangen auf diesen öffentlichkeitswirksamen Zug auf.

Auch nutzte so ziemlich jede Oppositionspartei dabei die gutgehenden Wellen des Bürgerprotests. Zwar verwunderlich, hätte doch jeder dieser Parteien und einzelnen Ratscherrn zum Widerstand und Demonstration gegen die Planungen aufrufen können. Das haben sie aber nicht!

Es erforderte eine enorme Arbeit, die Flyer zu entwerfen, die Pressemitteilungen zu schreiben und den persönlichen Kontakt zur Presse und den Wassersportvereinen am Banter See zu halten.

Wie bewertest Du die Zusammenarbeit mit Deinem ehemaligen Weggefährten?

Die anfängliche Zusammenarbeit war erfrischend und zunächst von Sachlichkeit und Freude geprägt, doch wurde diese dann zunehmend fragwürdig in seinen geposteten Texten gegenüber politischen Vertretern und zur jeweils fortgeschrittenen nächtlichen Stunde. Das haben viele Befürworter der Demonstrationen nicht verstanden. Leider immer wieder entgegen der getroffenen Absprachen gab es dann Statements in sozialen Netzwerken, und diese zum Teil mit der Verwendung meines Namens. Das hat zunehmend zu Spannungen geführt.

Aber Ihr seid doch langjährige Freunde gewesen?

Auch dieses ist eine der vielen geposteten und erfundenen Geschichten. Wir hatten einmal Kontakt als Soldaten aufgrund eines Seminars in den 80zigern; mehr nicht. Wir waren auch keine ausgebildeten Marinetaucher, oder sind zusammen Fallschirm gesprungen. Er schrieb öfter solche Dinge wie: Wir würden als Marinetaucher mit Tauchermessern bewaffnet zwischen den Zähnen aus dem Banter See auftauchen. Da habe ich schon oft gezweifelt und die Zusammenarbeit mehr als einmal in Frage gestellt. Doch schreibt man dann ein Dementi bei Facebook während eines Protestes? Wohl eher nicht ... Ein Teil der Befürworter verstand mitunter nicht mehr die konkreten Ziele des Protestes, sollte doch das gemeinsame Ziel der Widerstand gegen den Planungswahnsinn am Banter See sein. Dazu gehörte die Aufklärung über die Planungen der Stadt.

Wann genau kam der Bruch?

Das abgestimmte Vorgehen und die Gespräche mit den Medien gingen weiter. Das Jeverische Wochenblatt, die Nord-West-Zeitung und der Friesische Rundfunk wollten nach der zweiten Demonstration eine neue Berichterstattung mit den Betroffenen starten. Alle Aktivisten plus Wassersportvereine und Freizeitgärtner waren per Mailverteiler darüber informiert.

Karl Heinz Sünkenberg vom Friesischen Rundfunk hatte uns bereits schriftlich 40 Minuten Sendezeit für die Berichterstattung aller Vorgänge rund um den Banter See zugesichert.

Alle Aktivisten waren darüber informiert, auch Herr Freudenberg. Vereinbarung war trotz des Interviews mit dem OB Wagner beim FRF ein Stillhalten bis zu dieser Berichterstattung.

Doch am nächsten Tag begann wieder einmal ein Posten von Peter Freudenberg gegenüber dem FRF, in dem er den Sender beleidigte. Ich habe mich dann persönlich bei Herrn Sünkenberg für das Verhalten dieses Menschen entschuldigt.

Bei einem Gespräch eines Aktivisten aus dem Bürgerportal des kommenden Fördervereins wurde dann der FRF als Hühnersender betitelt. Ich konnte mich mit diesem Vorgehen und Verhalten gegenüber den lokalen Medien und den ständigen Alleingängen nicht mehr einverstanden erklären.

Es kam zu einem peinlichen Auftritt des Herrn Freudenbergs beim FRF. Damit ging dann endgültig die ganze Sache den Bach hinunter. Gesendet wurde dieses Interview bis Hannover, mit stündlicher Wiederholung das ganze Wochenende hindurch. Herr Sünkenberg teilte mit, ebenfalls nichts mehr über den Banter See berichten zu wollen. Aufgrund dieser Aktionen und Alleingängen eines Einzelnen wurden dann aus den Erfolgen bei den Demonstrationen die „Rabauken und Krawallmacher vom Banter See“ und das Verunglimpfen aller dortigen Pächter. Schade darum.

In den sozialen Netzwerken rollte ein Shitstorm gegen den FRF los. Dieser stellte daraufhin für einige Wochen den Sendebetrieb für Wilhelmshaven ein. Keine Zeitung war mehr daran interessiert, über das Thema und den Bürgerprotest zu berichten.

Die politischen Gegner nutzen im Anschluss geschickt den öffentlichen Meinungsschwung der anfänglich guten Sache. Auch distanzierten sich zunehmend viele Pächter und Sympathisanten.

Jeder Freizeitgärtner kann sich Gedanken machen, wie er sich besser vertreten gefühlt hätte.

Die Wahrnehmung eines bereits zugesicherten und abgestimmten Fernsehberichts mit 40 Minuten Sendezeit über den Bürgerprotest vom Banter See und deren Hintergründe, oder dem nicht abgestimmten Auftritt eines Einzelnen Herrn mit all seinen negativen Folgen .

Was genau passierte dann?

Ich distanzierte mich von jeglicher weiteren Zusammenarbeit mit diesem Herrn Freudenberg.

Dieser lässt seitdem nichts unversucht, mich als entmachtet zu beschreiben. Was für ein Unsinn. Weitere Dinge liegen vor, werden aber hier nicht mehr kommentiert.

Mittlerweile ist dort genau die Prägung einer politischen Gruppierung zu sehen, die aus meiner Sicht versucht, die Notlage der Freizeitgärtner für Ihre Zwecke auszunutzen.

Öffentlicher Protest für Änderungen in der Stadtpolitik bzw. Widerstand und Verlässlichkeit in den Zielen gehen definitiv auch anders.

Das war der ausschlaggebende Grund für mich, zu den FREIEN WÄHLERN zu gehen, um dort in der Kommunalwahl 2016 ohne Fraktionszwang einen politischen Wechsel mitzugestalten.



Quelle: wikipedia

Der Banter See, letztes Kleinod für viele Wilhelmshavener.

Udo Striess-Grubert

Alle kritisieren - wir auch

Chancen und Möglichkeiten

Wilhelmshaven - Stadt der Möglichkeiten oder Stadt der verpassten Chancen? Kaum eine andere Stadt im Nordwesten hat ein so dermaßen schlechtes Image wie Wilhelmshaven. Aber worin liegt das begründet? Aus unserer Sicht ist kaum eine andere Stadt im Nordwesten in den letzten Jahren so dermaßen schlecht regiert worden wie die unsere. Und in kaum einer anderen Stadt im Nordwesten hat man über Jahre hinweg die Bürger so dermaßen angelogen wie in unserer. Hohe Arbeitslosigkeit - schlechte Ansiedlungspolitik - gescheiterte Leuchtturmprojekte - hohe Verschuldung - demografischer Wandel - Sie und auch wir könnten diese Liste weiterführen ... Was aber macht Wilhelmshaven aus, wo liegen die Chancen unserer Stadt?

Ganz sicher nicht, indem unser Oberbürgermeister die Macht im Rathaus zentralisiert und sich selbst in eine multifunktionale Rolle bringt. So ein wenig Kämmerer, so ein wenig Stadtmanager, ein wenig Oberbürgermeister und auch ein wenig Wirtschaftsförderer. Viel hilft nicht viel – und so blicken die Wilhelmshavener auf eine Fülle von gescheiterten Projekten in der Vergangenheit zurück. Aber auch aktuelle Projekte sind gescheitert. Ob Jet-Port-City, Jade-Werke, 3Y – alles vollmundig angepriesen – und alle gescheitert. Manchmal glaubt man, sobald sich jemand Investor nennt und eine farbenfrohe Präsentation aus dem Aktenkoffer zaubert, fallen hier alle zu Boden und haben nichts Besseres zu tun, als die Fransen am roten Teppich auszurichten – ganz egal, was da präsentiert wird. Nach mehr oder weniger langer Zeit erwachen die Verantwortlichen aus ihrer Investorenlethargie, der rote Teppich wird eingerollt – und man wendet sich dem Alltagsgeschäft zu – bis der nächste Investor auf der Bildfläche erscheint und das Spiel von vorn beginnt. Schiere Verzweiflung, gepaart mit dem Wunsch, endlich Erfolge aufweisen zu können – machen unsere Stadtvertreter „blind“. Keine Visionen, jedenfalls keine bürgerfreundlichen und Tagespolitik von der Hand in den Mund, geliebtes Berliner Vorbild a la Merkel auch an der Jade. Mittlerweile haben unsere Verantwortlichen mehr damit zu tun, die täglichen Negativmeldungen schön zu reden als Politik zu betreiben. Und selbst zukunftsorientierte Modelle wie STEP scheitern, zuletzt auch an der Motivation der Wilhelmshavener Bürgerinnen und Bürger, die schon lange nicht mehr erfolgsverwöhnt sind.

Was bringt uns die Zukunft? Vielleicht ein Outlet-Center, vielleicht ein Versorgungszentrum in der Nordseepassage. Aber auch tausende leerstehende Wohnungen, Geschäftsstraßen mit hohem Leerstand, ein Tiefwasserhafen, der vielleicht jetzt aus dem Dornröschenschlaf

erwacht. Das alles gepaart mit immer unzufriedeneren Bürgerinnen und Bürgern, dem demografischen Wandel und dem nicht besser werdenden Image unserer Stadt. Keine rosigen Aussichten! Was muss passieren?

Aus Sicht der FREIEN WÄHLER benötigt Wilhelmshaven eine grundlegende Neuausrichtung der Ansiedlungspolitik. Schon heute gibt es Kommunen, die Existenzgründern binnen 48 Stunden aufzeigen, wo und mit welcher Unterstützung sie ihre Existenz gründen können. Wir brauchen dringend Programme in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter, die auf Wilhelmshavener Verhältnisse zugeschnitten sind. Wir benötigen eine aktive Wirtschaftsförderung mit kompetenten Persönlichkeiten besetzt, die ein lokales und regionales Wirtschaftsförderungsprogramm

entwickeln, auch unter Einbeziehung der Umlandkommunen. Wir müssen die geschichtliche Entwicklung Wilhelmshavens stärker in den Vordergrund rücken und daraus Profit schlagen. Das Marine-museum zeigt doch deutlich, wie so etwas funktionieren kann. Wir haben Bedarf an Naherholungsgebieten für die Wilhelmshavener Bürgerinnen und Bürger, aber auch für unsere touristischen Gäste. Der Banter See bietet sich hier insbesondere an – aber auch die gegenüberliegende Seite der Nordsee – vielleicht als Nordsee-lagune? Wir müssen den Wohnungs-leerstand in unserer Stadt beseitigen. Wir müssen die Institution der Jade-Hochschule mehr einbinden und insbesondere den Studierenden attraktive Standortmöglichkeiten bieten. Erforderlich ist auch die Anbindung an die Verkehrsverbände, damit man auch in Wilhelmshaven mit dem Niedersachsenticket die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen kann. Im Bereich der Stadtbildpflege haben wir großen Nachholbedarf. Selbst an den „schönen“ Ecken Wilhelmshavens ist es mitunter unerträglich dreckig. Wir brauchen mehr Events, die auch für Normalverbraucher erschwinglich sind. Es müssen Kinder- und Jugendförderprogramme geschaffen werden und wir müssen auch in Wilhelmshaven die Auswirkungen von Kinderarmut, aber auch die zunehmende Armut Erwachsener wirkungsvoll bekämpfen. Aber auch im Bereich der Seniorenpolitik gibt es noch viel zu tun. Wir brauchen eine andere Stimmung in dieser Stadt, die so viel Potential hat, von dem aber nur wenig genutzt wird.

2016 sind Kommunalwahlen. Wir hoffen, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger auch 2016 an die vergangene Legislaturperiode erinnern und ihren Frust über weitere fünf verschenkte Jahre auf den Stimmzetteln deutlich machen. So wie bisher, kann es in Wilhelmshaven nicht weitergehen. Wilhelmshaven braucht eine neue Kultur in der Kommunalpolitik. Wir werden helfen, diese neue Kultur umzusetzen. Mit Ihrer Hilfe und letztendlich mit Ihrer Stimme!

**Tourismus, Aktivere
Ansiedlungspolitik,
maritime Geschichte,
Image verbessern,
sauberes Stadtbild,
Attraktionen ...**

Wilhelmshaven geht besser

Mehr Bürgernähe in 2015

CDU holt Wahlversprechen nach!

Die Ankündigung der CDU, in Zukunft noch stärker auf Bürgerbeteiligung setzen zu wollen, klingt wie blanker Hohn. Nachdem in den letzten Jahren alle wichtigen Entscheidungen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger hätten beteiligt werden können, im Alleingang zwischen CDU und SPD entschieden wurden, kommt man jetzt auf die Idee einer stärkeren Bürgerbeteiligung. Warum?

Ist die GroKo aus CDU und SPD mit ihrem Latein am Ende oder sind die verbleibenden Entscheidungen bis zur nächsten Kommunalwahl 2016 nicht mehr so wichtig?

Nachdem man die Weichen für den Verkauf der städtischen Pflegeheime, die Schließung des St. Willehad, den Doppelhaushalt ohne wesentliche Elemente von Bürgerbeteiligung gestellt hat, scheint es wohl so zu sein. Eine Ausnahme bildet noch die Wohnbebauung am Banter See, aber auch hier wähnt die CDU sich auf sicherer Seite, glaubt man der CDU-Schatzmeisterin und Ratsvorsitzenden Ursula Glaser.

Die Bürgerproteste anlässlich des Geschehens um den Banter See haben die GroKo nicht wirklich betroffen gemacht, man hält weiter an den Ratsbeschlüssen fest!

Vermutlich setzt man in bewährter Manier auf das Kurzzeitgedächtnis der Wählerinnen und Wähler. Die unbequemen Entscheidungen sind vom Tisch. Bis zur Kommunalwahl wird man jetzt Versprechungen erfinden, die die Mehrzahl der Wählerinnen ihr Kreuz wieder bei den „großen Volksparteien“ machen lässt. Abgerechnet wird dann nach der Kommunalwahl, egal ob es dann das RNK - jetzt Klinikum Wilhelmshaven gGmbH - sein wird oder die vielleicht dann schon mehrfach weiter verkauften ehemals städtischen Pflegeheime.

Dabei müssen sich CDU und SPD sehr wohl vor Stimmen- und Machtverlust fürchten. Insbesondere die SPD könnte nach Jahren der Ratszugehörigkeit ohne eigene erkennbare politische Handschrift überflüssig werden. Insofern sind die Überlegungen der SPD, die Reißleine zu ziehen und sich aus der GroKo zu lösen, nachvollziehbar. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Sollte sich dann noch ein Bündnis mit der WBV und den Grünen schmieden lassen, sähe es um die Macht der CDU mit ihrem Oberbürgermeister ganz schlecht aus.

Das würde die Mehrheitsverhältnisse im Rat erheblich ändern. Aber würde man dann die politischen Entscheidungen, die man gemeinsam mit der GroKo getroffen und zu verantworten hatte, rückgängig machen? Das alles ginge nur mit erheblichem Gesichtsverlust der Genossen.

Dabei hatte man 2011 eine echte Chance, die politischen Verhältnisse in unserer Stadt zu ändern. Das, was die CDU in den Jahren vor 2011 immer wieder kritisierte und dabei die SPD auch schon mal als Betonkopffraktion oder Abstimmungs-marionetten bezeichnete, zog die CDU

nach 2011 – nun mit Hilfe der Genossen – weiter durch.

Selbst einfache politische Entscheidungen, die zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger hätten getroffen werden können, sind mit der CDU-eigenen Arroganz der Macht und der am Gängelband gehaltenen SPD verhindert worden.

Echte Bürgerbeteiligung sieht anders aus. Sie beteiligt Bürger vor politischen Entscheidungen und stellt sie nicht vor Tatsachen. Welche Bürgerinnen und Bürger

haben denn von einem Ratsbeschluss vor etwa 2 Jahren erfahren, in dem der Verkauf der städtischen Pflegeeinrichtungen beschlossen wurde? Vermutlich war es ein nichtöffentlicher Beschluss, der immer wieder mit den schutzberechtigten Interessen potentieller Käufer begründet wird – und die Ratsmitglieder dürfen wegen ihrer Verschwiegenheitspflicht nichts nach außen dringen lassen. Wer also hat vor ca. 2 Jahren von diesem Beschluss erfahren und wer hätte die Möglichkeit echter Bürgerbeteiligung gehabt – die Bürgerinnen und Bürger Wilhelmshavens jedenfalls nicht!

Während man, insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel, die städtischen Pflegeeinrichtungen verkauft und sich selbst die Chance nimmt, in einem der Wachstumsmärkte der Zukunft Geld zu verdienen, haben ausländische Investoren ihre Profitmöglichkeiten längst erkannt.

Das wird auch für Wilhelmshaven mit schmerzlichen Einschnitten in die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals spürbar werden. Bleibt nur noch die Frage, warum ein ausländischer Investor dieses Potential erkennt und die „Regierenden“ in unserer Stadt nicht. Aber die Begründung hat die CDU ja auch selbst geliefert: Der Erhalt von Pflegeheimen ist nicht Aufgabe der Daseinsvorsorge – die Restaurierung eines Feuerschiffes dann aber vermutlich schon! Die städtischen Pflegeeinrichtungen wurden verkauft, um der Kommunalaufsicht überhaupt noch einen genehmigungsfähigen Haushalt anbieten zu können. Was verkauft man für den nächsten Haushalt? Viel ist vom ehemaligen Tafelsilber der Stadt nicht mehr übrig!

Ein letzter Gedanke noch: Wer verkauft ein Klinikum für 220.000 Euro? Ein Spottpreis, für den man in Wilhelmshaven kein Einfamilienhaus kaufen kann. Dabei ist die Frage, ob das Gebäude leerstehend oder entleert verkauft wird, noch nicht geklärt. Man stelle sich einmal vor, dass in diesen 220.000 Euro auch noch das gesamte medizinische Equipment enthalten wäre, kaum auszudenken, wie hier Geld verschwendet werden würde, dass wir in unserer Stadt gut gebrauchen könnten.

Die Zeiten ändern sich und das Verhalten der Wählerinnen und Wähler auch. Wer glaubt, mit den Rezepten der Vergangenheit zukunftsorientierte Politik machen zu können, wird bei zukünftigen Wahlen abgestraft werden. Echte Bürgerbeteiligung sieht anders aus!



Helgolandlinie eingestellt! Cuxhaven übernimmt!

Die Reederei Cassen Eilts hat ihre Fährverbindung von Wilhelmshaven nach Helgoland eingestellt. Zukünftig wird ein mit Flüssiggas betriebenes Fährschiff von Cuxhaven eingesetzt. Mehr Passagiere, umweltfreundlicher und ganzjährig ohne Ausbooten.

Damit erhält Cuxhaven, die auch bisher mit der „Albatros“ eine gut funktionierende Fährverbindung hatte, ein weiteres touristisches Highlight. Das neue Schiff wird mit EU-Fördermitteln in Höhe von 4,7 Mio. Euro gebaut und ist ab Juni dieses Jahres einsatzbereit, so die Planungen der Reederei.

N-Ports, aber auch der ehemalige CDU-Ministerpräsident

Niedersachsens, David McAllister, heute Mitglied des Europäischen Parlaments, war wohl maßgeblich am Cuxhavener Erfolg beteiligt. Mit dem Wegfall der Fährverbindung verliert unsere Stadt eine weitere touristische Attraktion. Warum hat nicht einmal die CDU-Fraktion im Rat der Stadt geahnt, was sich anbahnt, erwähnt sie doch bei jeder Gelegenheit den guten Draht in die Landes-, Bundes- und Europapolitik. Wo ist das politische Früherkennungssystem in dieser Stadt? Wo waren die vorausschauenden Kommunalpolitiker Wilhelmshavens? Hat nach Bekanntgabe der Entscheidung, die Linie einzustellen, jemand mit den Verantwortlichen der Reederei gesprochen oder ist das so bereits akzeptiert und vergessen?

Wir haben nachgefragt! Glaubt man den Verantwortlichen, hat sich bisher niemand der offiziell-

len Vertreter unserer Stadt mit der Reederei auseinandergesetzt.

Auch seinerzeit, als die KW-Brücke gesperrt wurde, und damit die Zufahrt zum Helgoland-Kai über einen langen Zeitraum nur erschwert und über Umwege möglich war, hat die betroffene Reederei die Sperrung der Tageszeitung entnehmen müssen.

Die FREIEN WÄHLER beklagen diese Form kreativloser Politik, bei der lediglich von der Hand in den Mund gelebt wird. Wer kümmert

sich um unsere Wirtschaftsbetriebe und Existenzgründer? Wer ist der verantwortliche Wirtschaftsförderer dieser Stadt?

**Waren wirklich alle überrascht?
Hat niemand etwas geahnt?**

Es reicht eben nicht aus, die Wirtschaftsförderung zur Chefsache zu erklären und sie neben all den anderen Verpflichtungen, die ein Oberbürgermeister hat, mal schnell zu erledigen. Das ist eine denkbar schlechte Werbung für Wilhelmshaven.

Und immer wieder wird der Wunsch nach einem professionellen Wirtschaftsförderer aus Kostengründen abgelehnt. Andere Kommunen in Niedersachsen machen uns schon lange vor, wie es funktionieren kann. Diese Stadt braucht einen Wirtschaftsförderer mit kreativen Ideen und exzellenten Kontakten in die Wirtschaft. Diese Stadt braucht eine andere Ansiedlungspolitik und diese Stadt benötigt dringend einen Plan für die Zukunft.



Das waren noch Zeiten. Die MS Wilhelmshaven am Helgolandkai, der bald einen anderen Namen braucht! Foto privat

GroKo auch in Wilhelmshaven

Berliner Große Koalition (k)ein Vorbild für Wilhelmshavener SPD?

Nach der für die SPD verlorenen Kommunalwahl 2011 haben die Wilhelmshavener Sozialdemokraten eine echt gute Gelegenheit verpasst. Die Gelegenheit zu zeigen, wie bürgernahe Oppositionspolitik funktioniert. Mit den Stimmen der SPD wäre eine starke Opposition zustande gekommen, die der CDU sehr wohl Grenzen hätte aufzeigen können und vor allem aber, es hätte eine funktionierende Mehrheit gegen die zurzeit stattfindende Kommunalpolitik gegeben. Stattdessen macht man sich zum Befehlsempfänger der Wilhelmshavener Christdemokraten und schwimmt mit dem Strom. Eine alte Volksweisheit sagt, dass nur tote Fische mit dem Strom schwimmen.

Der Blick in die Vergangenheit zeigt aber auch, dass der Slogan „Wer wagnert“ gewinnt, nicht mehr als eines der vielen

Wahl-verspreche(n)r war, die nach der Wahl schnell vergessen wurden. Insofern hat in diesem Punkt die GroKo in Berlin wohl doch Vorbildfunktion.

Nun hört man von Richtungsstreitigkeiten in der SPD. Der Kreisvorsitzende Volker Block möchte ein Votum, um die bisherige Politik GroKo fortzusetzen, weiß aber sehr genau, dass diese Politik der SPD eher schaden als nützen könnte, vermisst man doch die seit langem schon nicht mehr erkennbare Handschrift der Sozialdemokraten. Dabei geht Block das Risiko ein, den Bruch mit der CDU herauf zu beschwören. Der Fraktionsvorsitzende der SPD Föhlinger und vermutlich auch ein Großteil der Ratsvertreter der SPD möchten wohl ein „Weiter so!“ und wollen sich auch zukünftig am Gängelband der CDU durch die Ratsmanege führen lassen. Wie dem auch sei, für 2016 müssen sich die Sozialdemokraten warm anziehen, beim Bürger wächst das Langzeitgedächtnis.

FREIE WÄHLER sehen wirtschaftliche Entwicklung mit Besorgnis, Stadt muss sich schnell dem demografischen Wandel anpassen

Nach Ansicht der FREIEN WÄHLER Wilhelmshaven ist es den Verantwortlichen der Stadt bisher nicht gelungen, sich den wirtschaftlichen Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen. Leere Kassen, eine stetige Verminderung von Einnahmequellen, der Verkauf des städtischen Tafelsilbers und die demografischen Prognosen bis 2030 zeichnen ein düsteres Zukunftsbild. Die Entwicklung der Einwohnerzahl wird rückläufig sein. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich weiter verringern, während der Anteil der Senioren bei etwa 30 – 35% liegen wird.

Durch den kommenden Bevölkerungsrückgang kann schon heute davon ausgegangen werden, dass Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Sozialleistungen und Pensionslasten von immer weniger Nachfragern finanziert werden müssen. Unberücksichtigt bleibt auch der Effekt, dass Kosten, wie z.B. der Schülerverkehr, sich dadurch sogar noch erhöhen könnten.

Aus Sicht der FREIEN WÄHLER ist es dringend erforderlich, Wirtschaftszweige zu erschließen, die dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, Sozial-, Heilerziehungs-, Gesundheits- und Krankenpflege sowie Altenpflegeberufe werden Hochkonjunktur haben. Hier ist nach Ansicht der FREIEN WÄHLER die Einflussnahme durch den Verkauf der

städtischen Altenpflegeeinrichtungen bereits komplett verschenkt worden.

Gleichzeitig gilt es, Wilhelmshaven als Wissenschaftsstandort weiter auszubauen. Vertiefende Kooperationen mit der Jadehochschule und den bereits ansässigen wissenschaftlichen Einrichtungen sind ebenso notwendig wie die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung. Eine dynamische Wirtschaftsförderung, die in der Lage ist, unbürokratisch und schnell attraktive Anreize für Unternehmen zu schaffen, ist nach Ansicht der FREIEN WÄHLER schon lange überfällig.

Senioren eine lebenswerte und senioren-gerechte Stadt, mit all ihren Stadtteilen, Arbeitnehmern und deren Familien ein lebenswertes soziales Umfeld und Unternehmen Anreize zu bieten, gute Arbeitsplätze zu schaffen – sind die dringenden Aufgaben, denen sich Rat und Verwaltung schon längst hätten annehmen müssen. In Anbetracht der leeren Kassen unserer Stadt sind die Handlungsspielräume stark eingeschränkt, dennoch ist es Aufgabe der Politik, Wilhelmshaven langfristig anhand des demographischen Wandels zu entwickeln und nicht weiter zu ruinieren. Insofern muss man sich auch in Wilhelmshaven, und auch angesichts leerer Kassen nicht immer nur fragen, was etwas kostet. Viel wichtiger ist die Frage, was etwas für eine langfristige Zukunft bringt.

Wir wünschen Ihnen ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2015

Ein neues Jahr liegt vor uns. Für Wilhelmshaven wird es wieder ein wichtiges Jahr werden. Erfüllen sich die Wünsche unserer Bürgerinnen und Bürger nach mehr Arbeitsplätzen, nach mehr Attraktivität unserer grünen Stadt am Meer, nach mehr Sauberkeit, nach mehr Sicherheit und auch mehr Zufriedenheit? Wir wünschen es Ihnen und auch uns. Wir FREIE WÄHLER wünschen uns aber auch kritischere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Menschen, die sich nicht ausschließlich auf die warmen Worte unserer Ratsvertreter verlassen. Dafür hat Wilhelmshaven in den vergangenen Jahren zu viel gelitten. Und es war ganz sicher keine Verkettung unglücklicher Umstände oder Zufall. Es war das Versagen der Politik, nicht zuletzt, aber auch nicht allein verantwortlich, das Versagen der GroKo aus CDU und SPD. Ein „Weiter so ...“ geht nicht. Es muss endlich gehandelt werden, es muss eine politische Veränderung geben, mehr direkte Bürgerbeteiligung vor allem das ernsthafte Bemühen, die Sorgen, Ängste und Nöte der Menschen in unserer Stadt ernst zu nehmen. Zum Wohle einer, unserer durchaus lebens- und liebenswürdigen Stadt!